

## KRITIK AM POLITISCHEN ZIONISMUS MUSS ERLAUBT BLEIBEN

### AMTLICHE DIFFAMIERUNG VON MUSLIMEN

München/Wien, 06.09.2019, 08:26 Uhr

**Wisuschil - Media & Law** - Der sogenannte Antisemitismusbericht 2018 der damaligen österreichischen Bundesregierung folgte dem repressiven Trend rechtsnationalistischer Regierungen in Europa, bestimmte Gruppen in der Bevölkerung und bestimmte politische Kampagnen durch Denunzierung, Diffamierung und Diskreditierung zu ächten.

Schon die SPÖ/ÖVP Vorgängerregierung hatte mit dem Islamgesetz die Richtung, bestimmte Gruppen in der österreichischen Bevölkerung unter eine besondere Gesetzgebung zu stellen, vorgegeben. Damit unterstellt die österreichische Politik aller großen Parteien vor allem Menschen mit türkischen und arabischen Hintergründen eine bestimmte religiöse und politische Haltung, oftmals mit kulturrassistischen Zuschreibungen. Diese Unterstellung ist letztendlich identitär, weil sie Haltung und Herkunft mutwillig konstruiert und verbindet.

Außerdem sollen mit dem Antisemitismusbericht politische Standpunkte diffamiert, ausgegrenzt und letztendlich kriminalisiert werden. Dies zielt vor allem auf die legitime Kritik an der israelischen Politik bzw. auf die notwendige Solidarität mit den PalästinenserInnen. Anstatt deren humanistischen und demokratischen Zugang im Sinne eines "Gleichen Rechts für alle" zu würdigen, wird Menschen, die diese Kritik und Solidarität üben, Antisemitismus als Grundmotiv unterstellt. Die österreichische Bundesregierung versuchte damit in einer absoluten, faktenfreien und ahistorischen Betrachtung und Vereinfachung, Antisemitismus und Antizionismus gleichzusetzen.

Diese Form der Politik hat vor allem in Österreich und Deutschland eine schreckliche Tradition. Und es sind heute genau die Parteien, die anderen Gruppen Antisemitismus unterstellen, die sich nie von den verschiedenen Spielarten des Faschismus und seinen rassistischen Denkmustern in vollem Umfang lossagen konnten. Umgekehrt hat die ÖVP, die historisch in der ideologischen Tradition der "Antisemitenliga" zu verorten ist, größte Probleme bis heute, die Bilder von Dollfuß und Lueger aus ihren Räumen in das Kellerarchiv zu verräumen. Bei der FPÖ, deren Wurzeln im Deutschnationalismus und Nationalsozialismus liegen, und der wiederholt Verbindungen zu (Neo-)Nazis nachgewiesen werden konnten, tritt dieses unselige Erbe ohnehin oft zutage.

Diese damalige Regierung und die koalitierten Parteien überschlugen sich in der Bekundung ihrer Solidarität mit Israel. Einerseits um ihre Vergangenheit loszuwerden und andererseits um die ihnen gleichgesinnten Parteien in der israelischen Politik und deren Rückwirkung auf faschistoide Politiken in Europa zu unterstützen.

Die zwischen einer kulturellen und ethnischen Orientierung schwankende identitäre Mobilisierung nimmt Einfluss auf das Begründungsgebäude der Staaten. Vom demokratischen Staat aller seiner Bürger soll das Selbstverständnis verschoben werden hin zu einem Staat, der eine bestimmte Gruppe privilegiert und andere benachteiligt oder völlig ausgrenzt.

In den Augen dieser identitären PolitikerInnen hat das zionistische Israel dafür auch eine Vorbildfunktion.

Diese Form der antidemokratischen und ausgrenzenden Argumentation kommt nicht (mehr) nur von rechtspopulistischer Parteien, Bewegungen und Regierungen. In Österreich wird diese Ausgrenzung durch den Antisemitismusvorwurf mittlerweile auch durch Institutionen betrieben, die dem traditionell linksliberalen Lager zuzuordnen sind. Hier wird ein nationaler bzw. europäischer "Burgfrieden" quer durch alle parlamentarischen Parteien und Institutionen geschlossen, der den israelischen Staat von allen völker- und menschenrechtlichen Verpflichtungen freizusprechen sucht.

Ein Beispiel dafür ist das in der historischen Aufarbeitung der Faschismus verdienstvolle Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DOEW). Andreas Peham, langjähriger Mitarbeiter des DOEW, bekannter Israel-Propagandist und Studienautor für VP-FP, spricht de facto die Regierungsparteien, die zwei Haupterben des historischen Antisemitismus, frei und liefert die Begründungen für die chauvinistische Kampagne der Regierung gegen Muslime, die zum Hauptfeind deklariert wurden. So viel zur Aushöhlung von "Wehret den Anfängen".

DER BERICHT BENUTZT UNWISSENSCHAFTLICHE DEFINITIONEN UND METHODEN.

Hauptansatzpunkt der staatlichen und institutionellen Kriminalisierungsversuche gegenüber jeglicher Palästina-Solidarität und dem gleichzeitigen Schüren antimuslimischen Rassismus ist dabei eine Neudefinition des Antisemitismusbegriffs, der in Auftragsstudien die gewünschten Ergebnisse erzielen soll. In Österreich präsentierte dazu Nationalratspräsident Sobotka im März 2019 die Ergebnisse einer vom Parlament in Auftrag gegebenen Antisemitismusstudie, die Antisemitismus als Geisteshaltung vor allem muslimischen MigrantInnen zuschreibt - ein Ergebnis, das propagandistisch von der mit dem Rechtsextremismus in Verbindung stehenden FPÖ schon seit Jahren vorbereitet wurde.

Der Bericht benutzt dabei unangemessene Methoden und unwissenschaftliche Vergleiche.

So wurde bewusst eine "Aufstockungsgruppe" türkisch- und arabischsprachender StudienteilnehmerInnen herangezogen, die jedoch, wie die VerfasserInnen der Studie im Übrigen selbst anführen, im Unterschied zur restlichen Gruppe nicht repräsentativ ist. Darüber hinaus wurde bei der "Aufstockungsgruppe" nur eine Interviewform verwendet, bei den anderen TeilnehmerInnen hingegen wurden drei verschiedene Interviewformate miteinander kombiniert. Die StudienautorInnen führen selbst an, dass die betreffenden Stichproben nicht ausreichend gestreut werden konnten und eine Repräsentativität daher "nicht notwendigerweise gegeben" sei.

Auch die definitorischen Grundlagen selbst weisen eine klare politische Stoßrichtung auf, die mit einer unzulässigen und in letzter Instanz unredlichen Gleichsetzung einen politischen Standpunkt festzuschreiben sucht: Die Ablehnung des politischen Zionismus als jüdischem Nationalismus sei Antisemitismus. Damit wird die israelische Doktrin übernommen und jede politische Kritik am Zionismus tabuisiert.

Gleichzeitig lassen sich die Studienergebnisse politisch nutzen, um dem antimuslimischen Rassismus ein neues - vermeintlich wissenschaftliches - Fundament zu liefern: Antisemitismus erscheint als muslimisch/arabisch/türkisches Phänomen.

Damit wurde der Kurzschluss zur von der FPÖ lange propagierten "These" des "importierten Antisemitismus" vollzogen. Konsequenterweise wird als Gegenmaßnahme von der ÖVP- Staatssekretärin Edtstadler ein verpflichtender KZ-Mauthausen-Besuch für MuslimInnen und eine "Dokumentationsstelle für den politischen Islam" gefordert.

"f

DIE ARGUMENTATION IST IDENTITÄR UND FOLGT DAMIT DEM TRADITIONELLEN MUSTER DES ANTISEMITISMUS.

Die Umdeutung und Neuinterpretation der Antisemitismusdefinition - inhaltlich mit den Definitionen der zionistischen Netanjahu-Regierung synchronisiert - erfolgt dabei entlang der klassischen antisemitischen Tradition. Sie ist im Kern identitär, geht sie ideologisch doch von einer geschlossenen, ethnisch homogenen "Kultur" aus, deren "Reinheit" von den ethnisch, religiös und kulturell "Anderen" bedroht sei: MuslimInnen, AraberInnen, TürkinInnen. Staat und Gesellschaft hätten "völkisch" einheitlich zu sein, zumindest aber nach "völkischen" Kriterien regiert, beherrscht zu werden: Das "christlich-jüdische Europa" ähnlich wie der "jüdische Staat Israel".

Das Judentum in seiner ganzen Vielfalt wird zu einer vermeintlich politischen homogenen Ideologie zusammengeschmolzen: dem politischen Zionismus. Jegliche jüdische Opposition gegen diese nationalistische politische Ideologie wird an den Rand gedrängt, ausgegrenzt, letztendlich zu einem "jüdischen Antisemitismus" umdefiniert und im Keim erstickt.

Diese Neudefinition von Antisemitismus, die künftig ein Wesensmerkmal jeder Kritik am israelischen Besatzungsregime sein soll, vermischt die Interessen des israelischen Staates mit der heterogenen jüdischen Bevölkerung in und außerhalb Israels.

Sie unterstellt eine Gleichheit von Judentum (jüdischer Kultur und Religion) und Zionismus, d.h. als Politik in Form eines ethnozentrisch-jüdischen Nationalismus. Jüdinnen und Juden wird damit implizit die Verantwortung für die völker- und menschenrechtswidrige Politik dieses Staats aufgezungen. Nicht-zionistische oder antizionistische Jüdinnen und Juden geraten in den Geruch von VerräterInnen, werden "undenkbar" gemacht. Der Tradition Luegers folgend, bestimmt man letztendlich, "wer a (guter) Jud is".

DIE REGIERUNGSPARTEIEN SCHAFFTEN ES ALSO NICHT, SICH VON IHRER ANTISEMITISCHEN UND RASSISTISCHEN GESCHICHTE ZU LÖSEN UND WANDTEN SIE GEGEN ANDERE.

Entsprechend dieser politischen Zielsetzungen gelingt es den rechtsnationalen und "christlichsozialen" Parteien, sich von der eigenen antisemitischen Geschichte und Gegenwart freizukaufen. Die Neudefinition des Antisemitismusbegriffs tabuisiert und immunisiert

nicht nur den verbündeten Staat Israel gegen Kritik oder Sanktionen, sondern ermöglicht es zugleich, den politischen Kampfbegriff "politischer Islam" zu homogenisieren und zu verschärfen.

Netanjahus Versuch, die Schuld an der Shoah den PalästinenserInnen zuzuschieben (Stichwort "Großmufti" von Jerusalem), mag vor einigen Jahren in Europa noch auf Ablehnung gestoßen sein. Über den Umweg "des importierten Antisemitismus" soll nunmehr die europäische Ausgeburt "Antisemitismus" Muslimen, AraberInnen und TürkinInnen zugespielt werden.

Einen ersten Vorstoß wagte der ÖVP-Mandatar Martin Engelberg mit Antritt der rechtsrechten Regierung Österreichs, als er in der israelischen Tageszeitung "Ha'aretz" die Koalition mit der FPÖ verteidigte. Man solle sich nicht auf die Freiheitlichen fixieren, schrieb er, denn "in Österreich kommt die wahre antisemitische Bedrohung von den Muslimen, nicht den Nazis".

Die FPÖ sei "ungeachtet ihrer nationalsozialistischen Wurzeln längst zu einer einwanderungsfeindlichen, populistischen Bewegung geworden", feierte Engelberg die rechtsrechte Koalition und begründete damit zugleich, weshalb Rechtsextremismus und Israel-Lobbyismus im Europa des 21. Jahrhunderts eine völlig neue Antisemitismus-Definition benötigen. Die Arbeit dazu lieferten Auftragsstudien, die dann wohl in Gesetzesvorlagen gegossen werden sollten.

#### WIR FORDERN:

“Eine offene Debatte über die israelische Apartheidpolitik muss möglich bleiben. Ein Verbot für derartige Veranstaltungen in öffentlichen Einrichtungen widerspricht dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit und ist zurückzunehmen.

“Das Ende der Stigmatisierung von Muslimen als "die feindlichen Anderen" durch Politik und Institutionen.

“Landraub, Vertreibung, Diskriminierung und die Unterdrückung palästinensischer Menschenrechte müssen weiterhin, wie in den Genfer Konventionen, vom Europarat, und vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, klar als fortwährende Verletzungen des internationalen Rechts benannt werden können.

“Der Versuch, die Kritik an der Politik Israels durch eine propagandistisch motivierte Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus in der öffentlichen Debatte zu unterdrücken, ist zurückzuweisen.

“Große Teile der schwer unterdrückten palästinensischen Gesellschaft setzen große Hoffnungen in die gewaltfreie internationale BDS-Bewegung zum Boykott Israels. Der Beschluss des Wiener Gemeinderates, der diese Bewegung als antisemitisch denunziert und damit Kritik an Israel unterdrückt, ist aufzuheben.

Österreich, Juni 2019

Kontakt: Wilhelm Langthaler +43-(0)664-6152905 aik(at)antiimperialista.org

UnterzeichnerInnen:

Antiimperialistische Koordination (AIK), Austria

BDS Austria

Frauen in Schwarz (Wien), Austria

Antifaschistische Aktion Wien, Austria

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär Kommunistischen Partei - IA.RKP, Austria

Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost e.V., Germany

Steirische Friedensplattform, Austria

Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative - Dar al Janub, Austria

Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft - NMZ, Austria

Jewish Network for Palestine, UK

Biosocial Research Foundation, USA

Al-Quds Association, Spain

UK-Palestine Mental Health Network

BACBI - Belgian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel

BDS Schweiz-Suisse

Collectif Palestine 12 -Millau, France

AFPS 63, Association France Palestine Solidarité, France  
BDS France, France  
Gibanje za Pravice Palestincev, Slovenia  
Gruppo Ibriq per la causa e la cultura Palestinese, Italy  
Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network, International  
Jews for Palestinian Right of Return; Labor for Palestine, USA  
Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Germany  
Boycott from Within (BFW), Israeli citizens for BDS, Israel  
US Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (USACBI), United States  
BDS Berlin, Germany  
Institut für Palästinakunde e.V., Germany  
University of Applied Sciences Frankfurt/M., Germany  
Palästina Forum Nahost Frankfurt/M., Germany

AFPS 63, Association France Palestine Solidarité, France  
BDS France, France  
Gibanje za Pravice Palestincev, Slovenia  
Gruppo Ibriq per la causa e la cultura Palestinese, Italy  
Samidoun Palestinian Prisoner Solidarity Network, International  
Jews for Palestinian Right of Return; Labor for Palestine, USA  
Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Germany  
Boycott from Within (BFW), Israeli citizens for BDS, Israel  
US Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel (USACBI), United States  
BDS Berlin, Germany  
Institut für Palästinakunde e.V., Germany  
University of Applied Sciences Frankfurt/M., Germany  
Palästina Forum Nahost Frankfurt/M., Germany

Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg, Germany  
Antifaschistische Aktion Wien, Austria  
Handala, Austria  
Palästinensische Gemeinde Österreich, Austria  
BDS Florenz, Italy  
Gruppo Ibriq per la cultura e la causa Palestinese, Italy  
Gibanje za pravice Palestincev, Slovenia  
Salaam Ragazzi dell'Olio Comitato di Trieste, Italy  
Dienst en Onderzoek Centrum Palestina, Netherlands  
IJAN, International Jewish Anti Zionist Network, Spain  
Union Juive Française pour la Paix (UJFP), EJJP and ECCP, France  
Iniciativa za spravodlivy mier na Blízkom východe, Slovakia  
Palästinensische Gemeinde - MS, Germany  
CPJPO, Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient, Luxembourg  
YANTE - Youth, Art and Levante, Austria  
OKAZ, Austria  
Arabischer Palästina-Club, Austria

Palästina/Nahost-Initiative Heidelberg, Germany  
Antifaschistische Aktion Wien, Austria  
Handala, Austria  
Palästinensische Gemeinde Österreich, Austria  
BDS Florenz, Italy  
Gruppo Ibriq per la cultura e la causa Palestinese, Italy  
Gibanje za pravice Palestincev, Slovenia

Salaam Ragazzi dell'Olive Comitato di Trieste, Italy  
Diensten en Onderzoek Centrum Palestina, Netherlands  
IJAN, International Jewish Anti Zionist Network, Spain  
Union Juive Française pour la Paix (UJFP), EJJP and ECCP, France  
Iniciativa za spravodlivy mier na Blizkom vychode, Slovakia  
Palästinensische Gemeinde - MS, Germany  
CPJPO, Comité pour une Paix Juste au Proche-Orient, Luxembourg  
YANTE - Youth, Art and Levante, Austria  
OKAZ, Austria  
Arabischer Palästina-Club, Austria

Solidarität International (SI) e.V., Germany  
Palästinakomitee Stuttgart, Germany  
Duisburger Netzwerk gegen Rechts, Germany  
Hände weg von Syrien, Austria  
The Palestine Committee of Norway, Norway  
AKUBLI - The Norwegian Committee for Academic and Cultural Boycott of State of Israel, Norway  
Palestina Solidariteit vzw, Belgium  
Verein SOMM, Austria  
Initiative für politische Bildung, Austria

Individuals:

Prof. David Klein, California State University Northridge, USA  
PhD Les Levidow, Campaign Against Criminalising Communities (CAMPACC), UK  
Ronnie Kasrils, Retired Minister South African Government  
Na'eem Jeenah, Executive Director, Afro-Middle East Centre, Johannesburg, South Africa  
“Dr. Shahid Mathee, Lecturer at the Department of Religion Studies, University of Johannesburg, South Africa  
Ofer Neiman, Israel  
Mohammed Assaf, Germany  
John King, USA  
Raymond Deane, composer/author, Ireland  
Cristina Soler Crespo, Spain  
Cynthia Franklin, University of Hawaii, USA  
Paul McDermott, Pasadena Foothills chapter of the ACLU, USA  
Prof. Richard Sesford, University of Exeter, UK  
Steven Friedman, University of Johannesburg, South Africa

Em. Prof. Herman De Ley, Ghent University, Belgium  
Doris Ghannam, Germany  
Prof. Rachel Giora, Tel Aviv University, Israel  
Birgit Althaler, Switzerland  
Ronnie Barkan, Israeli dissident, Palestine/Israel  
Jan Ralske, Filmmaker, Germany  
Nada Pretnar  
Mary Mathai  
Michal Sapir, Israel  
Prof. James Dickins, University of Leeds, United Kingdom  
Jean-Pierre Bouché, France  
Hadas Leonov, Germany  
Loretta Mussi, BDS Italia, Italy  
Anna Farkas, Rete Romana di Solidarietà con il Popolo Palestinese, Italy  
Alfred Almeder, Personenkomitee "Frieden für die Ukraine", Austria  
Leonhard schaefer, BDS Florenz, Italia  
Amir Ali, Germany

Vera Macht, Germany  
David Klein, U.S. Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel, USA  
Ursula Sagmeister, Frauen in Schwarz Wien, Austria  
Heinz Assenmacher, BDS Bonn, Germany  
Elfi Padovan, Germany  
Alex Link  
Henning Kleeblatt  
Günter Schenk, CJACP, Frankreich  
Wolfgang Behr, Germany  
Brigitte Gärtner-Coulibaly, Germany  
Claus Stephan Schlangen, Germany  
Claudia Karas, Germany  
Kirsti Aarseth, AKULBI - THE NORWEGIAN COMMITTEE FOR ACADEMIC AND CULTURAL BOYCOTT OF THE STATE OF ISRAEL, Norway  
Eva Sievers, Germany  
Dr. Shadi Abu Daher, Austria  
Andreas Wisuschil, Lawyer, Munich, Germany  
Brigitte Neubacher, UN-Bedienstete in Ruhe, Kabul-Vienna, Austria  
Günther Gerstenberg, Germany

Anja Matar, Germany  
Jean-Guy Greilsamer, France  
Sonia Fayman, UJFP, IJAN, France  
Nicole Lefeuvre, France  
Irène Steinert, Netherlands  
Maria Obispo, Spain  
Peter Unterweger Secretariat, Int'l Metalworkers Federation, retired, Austria  
Arch. DI. Eric Egerer, Austria  
Franz Fischer, Switzerland  
Peter Leuenberger, Switzerland  
Dr. Nadia Aroui, YANTE - Youth, Art, and Levante Director, Austria  
Wilfried Bader, Austria  
Margrith Nagel, Switzerland  
Rudolf Knutti, Gesellschaft Schweiz-Palästina, Switzerland  
Hanna Grubhofer, St. Andrä-Wördern, Austria  
Waltraud Schauer, Palästina-Aktivistin, Frauen in Schwarz, Austria  
Annette Groth, The Left Party, Germany  
Abraham Melzer, Germany  
André Rosevègue, UJFP Nouvelle Aquitaine, France

Anja Matar, Germany  
Jean-Guy Greilsamer, France  
Sonia Fayman, UJFP, IJAN, France  
Nicole Lefeuvre, France  
Irène Steinert, Netherlands  
Maria Obispo, Spain  
Peter Unterweger Secretariat, Int'l Metalworkers Federation, retired, Austria  
Arch. DI. Eric Egerer, Austria  
Franz Fischer, Switzerland  
Peter Leuenberger, Switzerland  
Dr. Nadia Aroui, YANTE - Youth, Art, and Levante Director, Austria  
Wilfried Bader, Austria  
Margrith Nagel, Switzerland  
Rudolf Knutti, Gesellschaft Schweiz-Palästina, Switzerland  
Hanna Grubhofer, St. Andrä-Wördern, Austria

Waltraud Schauer, Palästina-Aktivistin, Frauen in Schwarz, Austria  
Annette Groth, The Left Party, Germany  
Abraham Melzer, Germany  
André Rosevègue, UJFP Nouvelle Aquitaine, France

Georges Gumpel, Union Juive Française pour la Paix - UJFP, France  
Allen Böhm, Austria  
Reza Foroughi, Wien, Austria  
Dr. Thomas Prader, Lawyer, Austria  
Derya Günes, Austria  
Bruno Berger, Austria  
Dr. Lisl Rizy, Austria  
Helga Suleiman, Palästina Solidarität Steiermark  
Ron Ganzried, Switzerland  
Daniela Vill, Austria  
Hermann Klosius, Austria  
Frigga Karl, Paris-Wien  
Stephan Bartunek, Gruppe42, Austria  
Irina Vana, Soziologin, Austria  
Willi Langthaler, Aktivist und Autor, Austria  
Hans Peter Radauer, Austria  
Franz Pöschl, Germany

Günter Schenk, Strasbourg, CJACP, France  
Reinhard Loidl, Filmschaffender, Austria  
Renate Schiansky, Austria  
Jochim Varchmin, Germany  
Imad Garbaya, tunesischer Linksoppositioneller, Austria  
Albert F. Reiterer, Sozialwissenschaftler, Austria  
Renate Häberle, Palästina-Komitee Stuttgart, Germany  
Monika Vykoukal, Austria  
Nathaniel, United States  
Verena Rajab, Palästina-Komitee Stuttgart und Partei Die Linke Bundesrepublik Deutschland, Germany  
Attia Rajab, Palästina-Komitee Stuttgart, Germany  
Karin Pilz, Aktivistin, Austria  
Raimund Boris Lechthaler, Solidarwerkstatt Österreich, Austria  
Vykoukal Karl  
Johanna Weichselbaumer, Austria  
Gordon Leed, Supporter of oppressed peoples around the world, Scotland  
Gerhilde Merz, freie Übersetzerin, Austria

Günter Schenk, Strasbourg, CJACP, France  
Reinhard Loidl, Filmschaffender, Austria  
Renate Schiansky, Austria  
Jochim Varchmin, Germany  
Imad Garbaya, tunesischer Linksoppositioneller, Austria  
Albert F. Reiterer, Sozialwissenschaftler, Austria  
Renate Häberle, Palästina-Komitee Stuttgart, Germany  
Monika Vykoukal, Austria  
Nathaniel, United States  
Verena Rajab, Palästina-Komitee Stuttgart und Partei Die Linke Bundesrepublik Deutschland, Germany  
Attia Rajab, Palästina-Komitee Stuttgart, Germany  
Karin Pilz, Aktivistin, Austria  
Raimund Boris Lechthaler, Solidarwerkstatt Österreich, Austria  
Vykoukal Karl

Johanna Weichselbaumer, Austria  
Gordon Leed, Supporter of oppressed peoples around the world, Scotland  
Gerhilde Merz, freie Übersetzerin, Austria

Jürgen Jung, Salam Shalom e. V., Germany  
Federico Nier-Fischer, free lance journalist  
Dr.Edda Egerer, Austria  
Mary Pampalk, Frauen in Schwarz Wien, Aktivistin f. Menschenrechte, Austria  
Ingrid Sporn  
Paul Blank  
Dr. Leo Gabriel, World Social Forum, Austria  
Robert Reischer, Österreich  
Stefan Grasgruber-Kerl, Austria  
Angela Krause, München, Germany  
Oskar Lechleitner, Austria  
Mag. Renate Bursik, Austria  
Gholamhossein Mashhadi, Austria  
Leopold Kroell, Psychotherapeut, Theologe, Austria  
Dr. Lieselotte Türkmen-Barta, Austria  
Maria Ziesler, Austria  
Helmut Seidl, Austria  
Elisabeth Lindner-Riegler, Austria  
Dr. Gerhard Hertenberger, freier Autor, Austria  
Dr. Angela Waldegg, Austria  
Hans Wührer, Pfarrer i.P., Linz, Austria

Karl Helmreich, Mönch, Austria  
Franz Sölkner, Thal bei Graz, Steirische Friedensplattform, Austria  
Rolf Becker, ver.di Hamburg, Germany  
Dr. Doris Griesser, freie Journalistin, Austria  
Roswitha al-hussein, Verein SOMM, Sozialarbeiterin, Austria  
Christine Hoedl, Austria  
Michaela Rosner, Bibliothekarin, Austria  
Prof.Rafael Pardo Moreno, France  
Dr. Birgit Englert, Afrikawissenschaftlerin, Wien  
Raed Sabbah, Austria  
Fritz Edlinger, Gesellschaft fuer Österreichisch-Arabische Beziehungen, Austria  
Dr. Doris Höflmayer, Ärztin, Hamburg/Wien, Germany/Austria  
Klaus Helms, Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW), Germany  
Richard Langthaler, gpa, Pensionist, Austria  
Paulo Wallner, Austria  
Yuko Gulda, verein genbaku no hi, Musician, Austria

Karl Helmreich, Mönch, Austria  
Franz Sölkner, Thal bei Graz, Steirische Friedensplattform, Austria  
Rolf Becker, ver.di Hamburg, Germany  
Dr. Doris Griesser, freie Journalistin, Austria  
Roswitha al-hussein, Verein SOMM, Sozialarbeiterin, Austria  
Christine Hoedl, Austria  
Michaela Rosner, Bibliothekarin, Austria  
Prof.Rafael Pardo Moreno, France  
Dr. Birgit Englert, Afrikawissenschaftlerin, Wien  
Raed Sabbah, Austria  
Fritz Edlinger, Gesellschaft fuer Österreichisch-Arabische Beziehungen, Austria  
Dr. Doris Höflmayer, Ärztin, Hamburg/Wien, Germany/Austria

Klaus Helms, Mitglied der Industrial Workers of the World (IWW), Germany  
Richard Langthaler, gpa, Pensionist, Austria  
Paulo Wallner, Austria  
Yuko Gulda, verein genbaku no hi, Musician, Austria

Media-Release of the Antiimperialist Camp in Vienna - 3rd September 2019

<http://www.antiimperialista.org/en>

Write to the International Political Committee of the Anti-imperialist Camp:  
[camp@antiimperialista.org](mailto:camp@antiimperialista.org)

Phone:

+43-650-413 46 77

Postal adress:

Anti-imperialist Camp

Gusshausstraße 14/3

1040 Vienna

Austria

Regelmäßige Aktivitäten:

- \* Antiimperialistisches Sommerlager
- \* Internationale Konferenzen
- \* Diskussions- und Kulturveranstaltungen
- \* Filmabende
- \* Kundgebungen und Demonstrationen (z. B. Bündnis "Bush go home" 2006 u. v. m.)
- \* Kampagnen (z. B. "10 Euro für das irakische Volk im Widerstand")
- \* Solidaritätsdelegationen (Irak - Human Shields, Libanon, Palästina, Indien)
- u.a.

**Bericht online:**

<https://www.germindailynews.com/bericht-122912/kritik-am-politischen-zionismus-muss-erlaubt-bleiben.html>

**Redaktion und Verantwortlichkeit:**

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

**Haftungsausschluss:**

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

**Editorial program service of General News Agency:**

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619